

Meinungen der Bundesbürger zur Bildungspolitik

Datenbasis:	1.001 Befragte
Erhebungszeitraum:	20. bis 23. September 2010
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	VBE Bundesverband

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte im Juni 2008 erklärt, dass Deutschland eine Bildungsrepublik werden solle.

Lediglich 19 Prozent der Bundesbürger haben den Eindruck, dass die Bundesregierung und die Bundesländer diese Bildungsrepublik noch ernsthaft wollen.

79 Prozent glauben hingegen, dass das Ziel der Bildungsrepublik nicht mehr ernsthaft verfolgt wird.

Etwas häufiger glauben die Anhänger von Union und FDP, dass das Ziel einer Bildungsrepublik noch ernsthaft verfolgt wird. Allerdings sind auch die Anhänger der Koalitionsparteien mehrheitlich der Meinung, dass dies nicht mehr der Fall ist.

▪ Meinungen zur Ernsthaftigkeit des Ziels der „Bildungsrepublik“

Es haben den Eindruck, dass die Bundesregierung
und die Bundesländer das Ziel der Bildungsrepub-
lik noch ernsthaft verfolgen

	ja %	nein *) %
insgesamt	19	75
Ost	15	83
West	20	74
Nordrhein-Westfalen	23	72
Bayern	21	73
18- bis 29-Jährige	18	77
30- bis 44-Jährige	21	74
45- bis 59-Jährige	12	80
60 Jahre und älter	21	74
Eltern	23	71
Hauptschule	16	72
mittlerer Abschluss	14	81
Abitur, Studium	22	75
Arbeiter	14	75
Angestellte	20	75
Beamte	16	84
Selbständige	23	73
Anhänger der:		
CDU/CSU	30	65
FDP	32	68
SPD	15	81
Linke	15	81
Grünen	14	82

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Lediglich 11 Prozent der Bundesbürger haben den Eindruck, dass von den politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern genügend Geld zur Verfügung gestellt wird, um Deutschland zu einer Bildungsrepublik zu machen.

84 Prozent glauben hingegen, dass für dieses Ziel nicht genügend Geld zur Verfügung gestellt wird.

▪ Wird von Bund und Ländern genügend Geld zur Verfügung gestellt?

Es haben den Eindruck, dass die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern genügend Geld zur Verfügung stellen, um Deutschland zu einer Bildungsrepublik zu machen

	ja %	nein *) %
insgesamt	11	84
Ost	9	87
West	12	83
Nordrhein-Westfalen	9	85
Bayern	15	81
18- bis 29-Jährige	16	79
30- bis 44-Jährige	6	90
45- bis 59-Jährige	9	87
60 Jahre und älter	14	79
Eltern	12	85
Hauptschule	12	83
mittlerer Abschluss	10	85
Abitur, Studium	11	84
Arbeiter	4	95
Angestellte	11	86
Beamte	11	88
Selbständige	13	78
Anhänger der: CDU/CSU	16	79
FDP	19	75
SPD	10	86
Linke	3	94
Grünen	6	90

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Über 90 Prozent der Bundesbürger sprechen sich dagegen aus, vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen die Ausgaben für Bildung entsprechend zu kürzen.

Lediglich 2 Prozent befürworten eine solche Kürzung.

- Meinungen zum Umgang mit den Bildungsausgaben bei sinkenden Schülerzahlen

	Vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen sollten die Ausgaben für die Bildung entsprechend gekürzt werden	
	ja %	nein *) %
insgesamt	2	96
Ost	2	97
West	3	96
Nordrhein-Westfalen	3	95
Bayern	2	96
18- bis 29-Jährige	4	94
30- bis 44-Jährige	2	96
45- bis 59-Jährige	0	98
60 Jahre und älter	3	95
Eltern	4	94
Hauptschule	4	94
mittlerer Abschluss	2	96
Abitur, Studium	1	98
Arbeiter	2	96
Angestellte	1	99
Beamte	2	95
Selbständige	1	94
Anhänger der: CDU/CSU	2	97
FDP	1	99
SPD	1	98
Linke	0	100
Grünen	2	96

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bund und Länder haben beschlossen, dass bis zum Jahr 2015 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung fließen.

21 Prozent der Bundesbürger – am ehesten noch die Anhänger der FDP – halten eine solche Kopplung der Höhe der Ausgaben für Bildung und Forschung an die Entwicklung der Wirtschaftslage für ausreichend.

70 Prozent sprechen sich hingegen dafür aus, dass zusätzlich ein Mindestbetrag für Ausgaben für Bildung und Forschung festgelegt wird, der unabhängig von der jeweiligen Wirtschaftslage zur Verfügung steht.

▪ Meinungen zur Kopplung der Bildungsausgaben an die Wirtschaftslage

Es halten eine Kopplung der Höhe der Ausgaben für Bildung und Forschung an die Entwicklung der Wirtschaftslage für ausreichend

	ja	nein, *) es sollte zusätzlich ein absoluter Mindestbetrag für Ausgaben für Bildung und Forschung festgelegt werden, der unabhängig von der jeweiligen Wirtschaftslage zur Verfügung steht
	%	%
insgesamt	21	70
Ost	15	74
West	22	70
Nordrhein-Westfalen	24	68
Bayern	27	67
18- bis 29-Jährige	24	69
30- bis 44-Jährige	17	77
45- bis 59-Jährige	17	74
60 Jahre und älter	24	65
Eltern	22	70
Hauptschule	26	63
mittlerer Abschluss	19	70
Abitur, Studium	19	77
Arbeiter	20	72
Angestellte	20	75
Beamte	20	68
Selbständige	18	76
Anhänger der: CDU/CSU	25	69
FDP	38	53
SPD	23	71
Linke	17	79
Grünen	17	79

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“